

# Briefe an die SÄZ



## Keine Sicherheitsmassnahmen ohne Prüfung von Kosten und Nutzen

Mit grosser Freude und innerlichem Jubel habe ich die Ausführungen unseres Präsidenten und von Hanspeter Kuhn gelesen, die fordern, dass Kosten und Nutzen abzuwägen sind, wenn grössere Sicherheit zu einem viel zu hohen Preis verlangt wird, dies insbesondere für Sterilisationen in Arztpraxen [1].

Ich habe 2003 einen Leserbrief geschrieben, der hiess «Gesunder Menschenverstand gegen Verhältnisblödsinn» [2]. Er war eine Entgegnung auf einen Artikel der Schweiz. Normenvereinigung «Massnahmen gegen die Übertragung der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit» [3], worin verordnet wurde, dass ab 1.1.2003 alle Sterilisationsapparate in Spitälern wegen der Prionenerkrankung an neue Normen angepasst werden müssten. In unserem kleinen Bezirksspital wurden die Kosten auf 800 000 bis 1 Mio. Franken budgetiert. Ich schätzte den Aufwand für alle Spitäler des Kantons Bern, auch wegen des Verbots von Gassterilisatoren, auf ca. 40 Mio. Franken, und das im gleichen Jahr, wo 40 Mio. Franken Einsparungen von der Gesundheitsdirektion gefordert waren. Diese Kosten wurden in Kauf genommen für die «fragliche Vermeidung der nicht bewiesenen Übertragung einer äusserst seltenen Krankheit auf Grund eines nicht bewiesenen BSE-Zusammenhangs» (6 bis 19 Fälle pro Jahr von 1996 bis 2006, durchschnittlich 12 Fälle). Es handelte sich um ca. 1 bis 2 Fälle pro 1 Mio. Einwohner. Ich wurde natürlich durch einen Replik-Leserbrief des BAG [4] zurechtgewiesen, und alles wurde in Frage gestellt. Wenn wir die in den letzten 11 Jahren immer um die gleichen Zahlen fluktuierenden gemeldeten Infektionen sehen, fragt man sich heute erst recht, ob diese Ausgaben gerechtfertigt waren, ja wie das Kosten-Nutzen-Verhältnis war. Da die Inkubationszeit der CJK 10 bis 20 Jahre ist, kann man immerhin noch hoffen, dass auch bei diesem sehr schlechten Verhältnis noch ein winziger Nutzen in der Zukunft herauskommt. Pikant ist es nun, dass ähnliche kostentreibende Massnahmen auch für die Arztpraxen verordnet werden sollen.

### Literatur zu:

#### «Keine Sicherheitsmassnahmen ohne Prüfung von Kosten und Nutzen»

- 1 de Haller J, Kuhn H. Keine Sicherheitsmassnahmen ohne Prüfung von Kosten und Nutzen. Schweiz Ärztezeitung. 2007;88(41):1701.
- 2 Zimmerli W. Gesunder Menschenverstand gegen Verhältnisblödsinn. Schweiz Ärztezeitung. 2003; 84(40):2075-6.
- 3 Schweiz. Normenvereinigung SNV. Massnahmen gegen die Übertragung der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit. Verordnung über die Prävention bei chirurgischen und medizinischen Eingriffen. Schweiz Ärztezeitung. 2003;84(21):1117.
- 4 Amsler L. Replik. Schweiz Ärztezeitung. 2004;85(1/2):12-3.

### Literatur zu:

#### «Abrechnungsmentalität unter Kollegen»

- 1 Schaller B, Baller G. In varietate concordia oder Abrechnungsmentalität unter Kollegen. Schweiz Ärztezeitung. 2007; 88(39):1641-3.

Der sündhaften Beispiele für solche blödsinnige, unverhältnismässige staatliche Verordnungen im Gesundheitswesen wären noch viele.

*Wolf Zimmerli, Oberdiessbach*



## Abrechnungsmentalität unter Kollegen

Sehr geehrter Herr Dr. Schaller

Mit Interesse las ich Ihr Plädoyer für Einheit und respektvollen Umgang untereinander [1]. Allerdings möchte ich gerne ein ebenfalls von Paul Watzlawick in «Anleitung zum Unglücklichsein» beschriebenes Konzept zu bedenken geben:

«Mehr desselben»: Wenn die bisherige Ärztpolitik der FMH zu einer Erosion der gegenseitigen Wertschätzung und einer zunehmenden Partikularisierung der Interessen führt, dann ist es nicht sinnvoll, weiterhin dieselbe Politik anzuwenden, nur stärker. Mit anderen Worten: Ihr Schlusssatz «Nur gemeinsam können wir etwas bewegen» wird nichts bewirken.

Besser wäre es, zu überlegen, wieso es denn zu dieser Entwicklung kommt, dass wir nicht mehr am selben Strick ziehen. Da zwischen der Universität Münster und dem FMH-Sitz doch eine gewisse Distanz liegt, gebe ich Ihnen vielleicht einen Hinweis: Eine bestimmte, nicht mal ganz kleine Ärztegruppe hat den vielleicht nicht immer ganz unbegründeten Verdacht, dass die von der FMH-Spitze gepflegte Politik der «Einheit» oft zu ihren Lasten geht.

Möglicherweise wären getrennte Organisationen, die sich uneingeschränkt für ihre Mitglieder einsetzen könnten, eben doch besser als eine Zwangsgemeinschaft, die den Spagat zwischen den divergierenden Interessen ihrer Mitglieder bei allem guten Willen doch nie hinkriegen kann. Respektvoller und kollegialer Umgang miteinander heisst nicht unbedingt, dass man auch für immer auf Gedeih und Verderb im selben Boot sitzen muss.

Und Kollegialität darf Kritik nicht ausschliessen! Mit freundlichen Grüssen

*Gerry Weirich, Schaffhausen*